„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
„Western Printers Association, Limited"

J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.

Geschäftsstelle in Regina, Sask.:
1835 Halifax Straße.

Geschäftsstelle in Edmonton, Alta:
9753 Jasper Avenue.

Mittwochausgabe 12—24 Seiten Stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

„Amerika — Untergang am Ueberfluß."

Im Verlag Ullstein, Berlin, ist kürzlich ein Buch erschienen „Amerika — Untergang am Ueberfluß", das A. E. Johann zum Verfasser hat. Unter diesem Pseudonym verbirgt sich der Name eines deutschen Journalisten, der im Jahre 1931 Canada und die Vereinigten Staaten bereist und nunmehr seine Beobachtungen, Eindrücke und persönlichen Schlußfolgerungen in diesem Buch niedergelegt hat. Es fesselt den Leser von der ersten bis zur letzten Zeile, weicht in mehr als einer Hinsicht von den üblichen Reiseschilderungen ab, will nicht sensationell wirken und ist es zweifellos doch für viele Europäer, die „Dollarika" nur von seinem Prosperitätsrausch, seinem rasend pulsierenden Wirtschaftsleben und seinen technischen Höchstleistungen her kennen.

Johann führt den Leser abseits vom breiten Strom, gewährt ihm Einblicke in soziale Mißstände, in Abgründe dumpfer Verzweiflung, in den Existenzkampf des canadischen Weizenfarmers, in die „Peonage" des Negers der Südstaaten, in das Massenelend der Bergarbeiter von Kentucky. Er läßt arbeitslose Landstreicher aufmarschieren, die ihr Sprüchlein hersagen. Ganz vereinzelt kommt auch einmal ein Industriekapitän zum Wort. Nur Teilansichten des amerikanischen Volkslebens, nur Ausschnitte aus dem riesengroßen Lande. Karl Marx würde das Amerika von heute, wo dem Prosperitätsrausch ein kläglicher Katzenjammer, eine sehr heilsame Ernüchterung und unvermeidlich eine langsam einsetzende Neuorientierung folgen, mit ähnlichen Augen wie Johann sehen. Selbstverständlich hat das industrialisierte Amerika neben seinen Multimillionären, seinen Schlot- und Börsenbaronen auch ein Proletariat, eine Masse von „Enterbten und Entrechteten." Doch zwischen diesen Extremen liegt auch ein breiter Mittelstand, zwar kein Mittelstand im Sinne alteuropäischer Auffassung, aber dennoch ein sehr wesentlicher Faktor, weil von ihm letzten Endes die Regenerierung des sozialen Lebens ausgehen wird. Man kann sehr wohl die krassen Mißstände in den Vereinigten Staaten aufdecken und kräftig unterstreichen — sehr verdienstlich sogar im Hinblick auf den lächerlichen Amerikafimmel der Alten Welt —, aber darüber darf man auch nicht die verblüffende Elastizität des amerikanischen Wirtschaftssystems übersehen.. Das bewahrt vor einer unnötigen Katastrophenstimmung, die glücklicherweise auf diesem Kontinent nicht in dem nämlichen Ausmaße wie etwa in Mitteleuropa sich fühlbar macht. Man theoretisiert nicht so viel, hat in weitesten Schichten einen ehrlichen Abscheu vor sentimentalen Heulmeiern, superklugen Weltuntergangs-Propheten und sozialistischen oder kommunistischen Schwärmern. Ein Karl Marx oder ein Adolf Hitler könnte auf amerikanischem Boden nicht gedeihen. Die Dollar-Philosophie ist so nüchtern, so logisch, so ehern, daß daran alle europäischen Sentimentalitäten und geistreichelnden Spekulationen wie Seifenblasen zerplatzen. Abseits vom wirtschaftlichen Denken kann sich das Bedürfnis des Menschen nach dem Uebernatürlichen, nach politischen Wolkenkuckucksheimen und, wenn beliebt, sogar nach blödestem Aberglauben ungehemmt auswirken.

Im Buche Johanns interessiert uns selbstverständlich am meisten der Abschnitt „Kanada". Er beginnt mit dem „Ende der Weizenpool-Idee". Der Weizenpool sollte oder wollte angeblich die Macht des Börsenkapitals brechen, hat sich aber von Anfang an mit Haut und Haaren dem Bankkapital verschrieben. Er war keine Genossenschaft im wahren Sinne des Wortes, sondern nur eine Weizenverkaufsagentur, bei der man den Farmern dem Scheine nach ein Mitbestimmungsrecht einräumte. Sein grundlegender Denkfehler bestand darin, daß er glaubte, eine diktatorische Stellung dem europäischen Weizenkäufer gegenüber einnehmen zu können. Dazu kam die bei Gründung des Pools so scharf verurteilte Spekulation mit Brotgetreide, auf die sich die Poolherren schließlich mit dem nämlichen Geschick und Mißgeschick verlegten wie ehedem der einzelne Farmer oder Getreidehändler. Das brach ihm das Genick, als die Absatzstockung eintrat und die Preise aus schwindelnder Höhe in die Tiefe stürzten. Wenn Johann schreibt: „Die glanzvolle Organisation des Canadian Wheat Pool galt Jahre hindurch als ein Musterbeispiel einer fruchtbar arbeitenden Farmergenossenschaft", so kommt darin die irrtümliche Auffassung zum Ausdruck, die von Poolagitatoren jahrelang geflissentlich — vielleicht sogar in gutem Glauben — verbreitet worden ist, als habe man es mit einer Genossenschaft zu tun. Volkswirtschaftlich denkfähige Kreise durchschauten diese Täuschung längst und standen von Anfang an der Pool-Idee mit einer guten Portion Mißtrauen gegenüber. Doch wäre es politisch wie geschäftlich unklug gewesen, jenen Farmern, die mit heißer Inbrunst an den Pool glaubten, mit sachlichen Argumenten entgegentreten zu wollen. Man wäre als offener oder verkappter Anhänger des Börsenkapitals und als Feind des Farmerstandes verketzert worden, obwohl nur knapp die Hälfte der westcanadischen Weizenfarmer sich angeschlossen hatte.

Was Johann über die Lage des Farmers und des Einwanderers in Canada zu sagen weiß, verrät die scharfsinnige Beobachtungsgabe des Verfassers. Das Kapitel „Genosse Wacker" gewährt einen Einblick in die kommunistische Bewegung, deren Bedeutung nicht überschätzt werden sollte. Uebrigens macht die canadische Regierung vernünftigerweise kurzen Prozeß mit allen Moskaujüngern, wie dies in den letzten Monaten sehr deutlich demonstriert wurde. Wozu auch Rücksichten und Duldsamkeit gegenüber einer Bewegung, die in ihren Grundtendenzen dem Lebenselement des Staates schärfstens widerspricht? Wer sich zu Moskau bekennt, sollte kurzerhand in seine geistige Urheimat abgeschoben werden. Unter den Rubriken „Notstandsarbeiter" und „Was wird aus Canada?" wird das Problem der Arbeitslosigkeit und ihrer Bekämpfung von Johann behandelt. Es wirkt sich in einem Agrarland wie Canada nicht so furchtbar aus wie in einem hochentwickelten Industriestaat. In düstersten Farben sieht der Verfasser die Zukunft des Landes, das seiner Ueberzeugung nach unweigerlich dem Bankrott verfallen sein soll.

Doch fragen wir uns einmal, wo eigentlich die tiefsten Ursachen der hiesigen Wirtschaftskrise liegen. Abgesehen von den internationalen Verflechtungen, die Canada wie andere Länder in den Strudel der Weltdepression hineinziehen, wäre es doch wohl kaum nötig, daß dieses Land bei einem ausländischen Beobachter den Eindruck eines Bankrotteurs erweckt. Es war ohne Zweifel das größte Unglück für Canada, daß im Jahre 1930 die konservative Bennett-Regierung ans Ruder kam, die durch einseitigen Industrieschutz die Lage unnötig erschwert und den canadischen Osten auf Kosten des Westens durchzufüttern sucht. Eine Schutzzollpolitik, die im Falle der Vereinigten Staaten oder europäischer Länder angängig sein kann, ist im Falle Canadas eine Versündigung am Gesamtwohle. Industrien, die nicht lebens- und konkurrenzfähig sind, haben keine Daseinsberechtigung. Wozu sie dann schützen und künstlich hochpäppeln? Unbehinderter Güteraustausch, absoluter Freihandel muß an die Stelle des Protektionismus treten. So kann ein Weg für die Weizenausfuhr geschaffen und eine Verbilligung der Industrieprodukte erzielt werden.

Hand in Hand mit einer grundlegenden wirtschafts- und zollpolitischen Neuorientierung, die alle Möglichkeiten der Handelsbeziehungen zum britischen Reich ausschöpft und sich die mindestens ebenso bedeutsamen Möglichkeiten im übrigen Welthandel zu Nutze macht, muß im Lande selbst eine Reform der Lebenshaltung einsetzen. Das Gerede vom „high standard of living" ist Lug und Trug, weil es uns Canadier nur dazu verleitet hat, in guten Zeiten über unsere Verhältnisse zu leben, um Auto- und Maschinenfabrikanten reich zu machen. Unter dem Druck der Wirtschaftsnot werden wir zu der Einsicht gezwungen, daß wir unseren täglichen Lebensbedarf in Zukunft soweit angängig aus der eigenen Wirtschaft decken müssen. Die Idee des Schnell-Reichwerdens muß endgültig begraben werden. Ein solider Wohlstand wird sich hier nur neubegründen lassen, wenn das leichtsinnige Schuldenmachen und die unnötigen Ausgaben strikt vermieden werden. Ferner sollte eine systematische Sparbewegung einsetzen, die Cent zu Cent und Dollar zu Dollar legt. Wer städtischen Grund und Hausbesitz oder Farmen zu Spekulationszwecken kauft, wer glaubt, er müsse jeden Dollar „investieren", um nach außen hin als wohlhabender und einflußreicher Mann zu gelten, überschätzt den wirklichen Wert des immobilen Eigentums. Viel gesünder wäre es, das ersparte Geld, selbst in kleinen und kleinsten Beträgen, in Spar- und Darlehnskassen anzulegen, um es in den ländlichen und städtischen Siedlungen festzuhalten und hier nutzbringend zum Wohle der betreffenden Siedlung zu verwerten. Solange man aber törichterweise die Großbanken unnötig bereichert, solange man Grund und Boden, Hab und Gut den „Loan Companies" ausliefert, geht der alte Schlendrian der leichtsinnigen Wirtschaftsführung weiter. Was nützt es, in allen Tonarten über den „ausbeuterischen Kapitalismus" zu wettern, wenn man sich selbst Tag für Tag immer wieder diesem „Kapitalismus" in die Arme wirft?

Wenn Canada auch nicht die Weltkrise überwinden kann, so läßt sich doch auf dem Wege der Selbsthilfe noch unendlich viel erreichen, um den Uebergang zu normalen Wirtschaftsverhältnissen zu erleichtern und zu beschleunigen. Wird man dazu den Willen und die Kraft aufbringen? Oder will man auf Wunder warten? Dann würde Johann vielleicht recht behalten.

Weltumschau

Berlin und die alliierten Kriegsschulden. Ein Vertreter des deutschen Auswärtigen Amtes drückte sich sehr kurz angebunden über einen Brief von Präsident Hoover an Senator Borah aus. „Wenn Amerikas Schuldner sich mit ihrer Gentlemen's Abmachung hineingeritten haben, so sollen sie sehen, wie sie wieder herauskommen," sagte er. „Wir lehnen es ab, in die Diskussion hineingezogen zu werden. Vom ersten Tage der Lausanner Konferenz an haben wir erklärt, daß wir nichts mit den Kriegsschulden zu tun haben wollen. Aus diesem Grunde muß die Reichsregierung jeden Kommentar über den Brief Hoovers ablehnen".

Die demokratische „Mittagszeitung", Berlins einziges Mittagsblatt, sieht jedoch trübe und hat folgendes zu bemerken: „Die Situation ist verworren. Präsident Hoover würde politischen Selbstmord begehen, wenn er den Schuldnernationen irgendwelche Zugeständnisse machen sollte. Auf der Basis der heutigen Situation sieht es so aus, als ob die diplomatischen Fehler der letzten sechs Tage eine Lösung des Schuldenproblems um Jahre verzögert haben.."

Blutige Parteikämpfe in Norddeutschland. Im ganzen Reiche ist es wieder zu schweren politischen Ausschreitungen gekommen, bei denen fünfzehn Personen getötet und viele Dutzende verletzt wurden. Der blutigste Zusammenstoß ereignete sich in Altona bei Hamburg, wo 6000 Nationalsozialisten im kommunistischen Viertel der Stadt von Hausdächern und Fenstern aus beschossen wurden. Die Hitlerleute veranstalteten einen „Propaganda-Umzug", der unter Polizeischutz stattfand. Auch die Beamten wurden unter Feuer genommen und im Handumdrehen herrschte wirres Durcheinander auf der Marschroute. Die Polizei formierte ihre Linien und erwiderte das Feuer. Die Kommunisten schwärmten aus den Häusern aus und versuchten Barrikaden zu errichten. Es dauerte mehr als eine Stunde, ehe die Ordnung wieder hergestellt werden konnte.

Die Polizei berichtet, daß nach dem Straßenkampf fünf Tote aufgelesen wurden und daß in den Krankenhäusern sieben Personen ihren Verletzungen erlagen. Fünfzig Personen befinden sich noch mit mehr oder weniger schweren Verletzungen im Hospital.

Kaum waren die Unruhen in Altona unterdrückt, da brachen Kämpfe im Hafenviertel des benachbarten St. Pauli aus. Bis Mitternacht waren auch hier zahlreiche Personen verletzt worden.

Noch an vielen anderen Stellen des Reiches führte der in der letzten Zeit immer erbitterter werdende Kampf zwischen den radikalen politischen Richtungen zu schweren Krawallen. Meldungen von blutigen Zusammenstößen kamen aus Ketschendorf, 20 Meilen südwestlich von Frankfurt a. d. Oder aus Greifswald, nahe der Ostsee in Pommern und von der Landstraße zwischen Aurich und Norden in Ostfriesland. Auch die Reichshauptstadt blieb nicht verschont.

Die Kämpfe zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in Ketschendorf nahmen solchen Umfang an, daß aus dem naheliegenden Fürstenwalde eine Schwadron Kavallerie der Reichswehr herbeigerufen werden mußte. Der Ruf nach Truppen ging von der lokalen Polizei aus, die nicht Herr der Lage werden konnte. Als alles vorüber war, wurden vier Hitlerleute mit schweren Stichwunden gefunden und die Soldaten hatten viele Waffen beschlagnahmt.

Achtzehnhundert ostfriesische Nationalsozialisten, die auf der Landstraße von Aurich nach Norden marschierten, wurden aus einem Wirtshause aus beschossen und fünf von ihnen schwer verletzt.

In Greifswald kam es zu einer Reihe von Straßenkrawallen, bei denen mehrere Personen verletzt wurden, ehe die Polizei den Schlägereien ein Ende machen konnte.

In der Alten Jakobstraße im Zentrum von Berlin wechselten Kommunisten und Nationalsozialisten Revolverschüsse. Als die Polizei herbeieilte, fand sie einen Nationalsozialisten tot im Rinnstein liegen.

„Beträchtliche Reduzierung" der Streitkräfte? Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich einigten sich auf „eine beträchtliche Reduzierung der Land-, See- und Luftstreitkräfte." Ihr Uebereinkommen wurde in dem Entwurf der Abrüstungsresolution vermerkt, von der man annimmt, daß sie durch die Abrüstungskonferenz angenommen wird. Dann werden die Weltmächte die Beilegung verschiedener Meinungsverschiedenheiten versuchen.

In der Resolution heißt es, daß die Konferenz sich an die Richtlinien der Hoover-Erklärung hielt. Allerdings werden keine spezifischen Herabsetzungen der Bewaffnung aufgeführt. Präsident Hoover hatte angeregt, daß eine Herabsetzung der Rüstungen um 33 und ein Drittel Prozent durchgeführt werde. Durch die Resolution wird auch empfohlen, daß der „Rüstungswaffenstillstand", der bis zum 1. November läuft, um vier Monate verlängert werde. Die Reduzierung der Angriffswaffen wird als das Hauptziel der Konferenz genannt.

Botschafter Hugh Gibson und Ministerpräsident Edouard Herriot sollen sich auf das Prinzip der „beträchtlichen Reduzierung" geeinigt haben, nachdem die Delegaten der Vereinigten Staaten die Franzosen davon überzeugten, daß die Methode der Reduzierung durch Verhandlungen zwischen den Nationen während der Vertagungsperiode der Konferenz festgesetzt werden soll. Zu gleicher Zeit berichten die Briten über „befriedigende Fortschritte" der Verhandlungen mit den Franzosen mit Bezug auf eine Beschneidung der Rüstungsbudgets.

Der Text der Resolution, der die Vereinigten Staaten, England und Frankreich zustimmten, war fünf Seiten lang. In dem Text fanden sich eine Reihe nicht ausgefüllter Stellen, deren Ausfüllung nach einer Beilegung der noch vorhandenen Streitfragen erfolgen soll.

Im Vorwort wird die Idee ausgedrückt, „daß die Zeit gekommen ist, da alle Nationen der Welt gründliche Abrüstungsmaßregeln durchdrücken müssen, um die wirtschaftliche Gesundung zu beschleunigen und um die Finanzlasten zu erleichtern, die gegenwärtig alle Völker drücken."

Ferner heißt es, daß die Konferenz die Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten, die in Gestalt ins Einzelne gehender Vorschläge zum Ausdruck gelangte, willkommen hieß.

Französischer Diplomat gestorben. Jules J. Jusserand, der frühere langjährige Botschafter Frankreichs in den Vereinigten Staaten, starb in seinem Pariser Heim im Alter von 77 Jahren. Obwohl seit der Vornahme mehrerer Nieren-Operationen vor wenigen Jahren kränklich, kam sein Tod doch unerwartet. Seine Gemahlin befand sich am Sterbebett.

Jusserand, ein Diplomat der alten Schule, war 22 Jahre lang Botschafter in Washington und stand während dieser Zeit in engen Beziehungen mit den Präsidenten Roosevelt, Taft, Wilson, Harding und Coolidge. Als Botschafter hatte er einen großen Anteil an den franko-amerikanischen Verhandlungen zum Zwecke Uebertragung der französischen Rechte am Panama-Kanal an Amerika.

Nach Ansicht offizieller Washingtoner Kreise stellte die Art und Weise, wie Jusserand die delikaten Probleme vor dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg behandelte, seine höchste diplomatische Leistung dar. Zweifelsohne hatte er großen Anteil an dem Entschluß Amerikas, auf Seiten der Alliierten in den Weltkrieg einzutreten.

Jusserand war am 18. Februar 1855 in Lyons geboren und trat nach Vollendung seiner Studien in den diplomatischen Dienst ein. Sein erster bedeutender Posten war jener des französischen Gesandten in Dänemark im Jahre 1898, den er vier Jahre später verließ, um als Botschafter nach Amerika zu gehen.

Im Jahre 1924, als Frankreich die ersten Schritte zur Bezahlung seiner Kriegsschulden an Amerika unternahm, erfolgte plötzlich die Abberufung Jusserands und die Ernennung von Emile Daschner zum Botschafter in Washington. Jusserand wurde hierdurch tief enttäuscht.

Deutsche Reichstagswahlen am 31. Juli.

Bekanntlich finden am nächsten Sonntag, den 31. Juli, in Deutschland Reichstagswahlen statt. Der bisherige Wahlkampf weist eine wesentliche Neuerung insofern auf, als eine klare Linie zu erkennen ist. Während früher die verschiedensten Gruppen und Grüppchen noch auftreten konnten, scheiden sich diesmal die Geister eigentlich nur mehr nach fünf großen Parteien: Nationalsozialisten, Deutschnationale, Zentrum, Sozialdemokraten und Kommunisten. Kleinere Gruppen wie die Christlich Sozialen, die Deutsche Volkspartei, die Staatspartei (Demokraten) werden vielleicht mit einigen Abgeordneten in den neuen Reichstag einziehen, aber bedeutungslos sein. Von der Deutschen Volkspartei sind Einzelpersönlichkeiten und Ortsgruppen zu den Deutschnationalen übergetreten. Die Bayerische Volkspartei, die man zum Zentrum rechnen kann, hat ebenso wie dieses gute Aussichten auf Erfolg. Das Zentrum ist noch die einzige starke Mittelpartei, während Deutsche Volkspartei und Staatspartei (Demokraten) als Faktoren der Mitte ausscheiden.

Zwischen den republikanischen Parteien, Zentrum, Staatspartei und Sozialdemokraten, ist es zu einer Art Burgfrieden gekommen, demzufolge diese Parteien im Wahlkampfe sich gegenseitig nicht angreifen. Dagegen sind die Annäherungsversuche zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten nicht weit gediehen. Die Sozialdemokraten stehen dieser Einheitsfront wohlwollender gegenüber als die Kommunisten, was bei den roten Arbeitermassen, die für eine Einheitsfront sind, das Ansehen der Sozialdemokratie hebt. Zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen ist ein scharfer Kampf im Gange, weil die Deutschnationalen ebenso wie die demokratische Staatspartei sich gegen den „Sozialismus in jeder Form" werden, während die Nationalsozialisten den Wählern die Frage vorlegen: „Bolschewismus oder Hitler?" Die Landvolk-Partei sympathisiert mit den Nationalsozialisten, die über die beste Organisation und die gewandtesten Propagandaredner verfügen.

Das Ziel der Nationalsozialisten ist, 51 Prozent der deutschen Wählerstimmen und damit die Mehrheit im Reichstag zu erreichen. Rechnet man mit der nämlichen Wahlbeteiligung wie im Jahre 1930, so hätte man eine Abgeordnetenzahl von 577. Von diesen müßten die Nationalsozialisten 289 Mandate erringen (bisher 107). Erhalten sie diese Mehrheit nicht, so wären sie auf Deutschnationale und Deutsche Volkspartei angewiesen, um eine tragfähige Regierung zu bilden. Selbst im günstigsten Falle hätten sie aber mit einer sehr starken Opposition von Zentrum, Staatspartei, Bayer. Volkspartei und Sozialdemokraten zu rechnen, wozu noch die Kommunisten kämen, die im alten Reichstag über 77 Mandate verfügen.

Jedenfalls steht der Kampf auf des Messers Schneide. Ob er allerdings eine klare Entscheidung bringen wird, d.h. ob überhaupt die 51 Prozent auf der einen oder anderen Seite erreicht werden, bleibt abzuwarten. Es spricht viel dafür, daß er wie das „Hornberger Schießen" ausgehen wird, d. h. daß eine Mehrheit von keiner Seite erreicht wird.

Polnische Hetze.

Die polnische Presse bemüht sich während der letzten Tage, ihren Lesern weis zu machen, daß Kriegsmaterial in Hülle in Danzig angehäuft werde, das im Kampfe deutscher illegaler Verbände gegen Polen Verwendung finden solle. Die Gazeta Gdanska behauptet wiederum entgegen den ihr bekannten Tatsachen und trotz aller bisherigen Dementis der Regierung, daß die Organisationszentrale der Hitler-Kampftrupps nach Danzig verlegt worden sei und daß hier mindestens 30,000 Personen bereitstünden, jederzeit die Waffen gegen Polen zu erheben. Der Illustrierte Krakauer Kurier ergänzt seine Unwahrheiten durch neue Erfindungen, indem er bestimmte Angaben über angeblich in Danzig aufgehäuftes Kriegsmaterial veröffentlicht. Danach sollen der Danziger Polizei 10 Geschütze, 100 Panzerwagen, 100 Maschinengewehre und 5,000 Karabiner zur Verfügung stehen.

Von amtlicher Danziger Seite wird nachdrücklichst betont, daß an diesen Meldungen kein einziges wahres Wort sei. In Danzig seien lediglich die für den Gebrauch der Schutzpolizei bestimmten Waffen vorhanden, außerdem Gewehre zur Bewaffnung der Einwohnerwehr.. Ihre Zahl ist den Völkerbundinstanzen genau bekannt. Von dem erwähnten Kriegsmaterial befinde sich nichts in der Freien Stadt.

Der Sachverständigenausschuß des Völkerbundrats in den Danzig-polnischen Zwistigkeiten unterbrach seine Tätigkeit, die er am 18. Juni aufgenommen hatte. Der Ausschuß, der aus dem Ministerialdirektor Fattinger, dem Direktor im holländischen Ministerium des Aeußern Nederbragt und dem luxemburgischen Wirtschaftssachverständigen Calmes steht, hatte den Standpunkt der beiden Parteien in der Zollfrage studiert und vertagt jetzt die Arbeiten, um sowohl Danzig als auch Polen Gelegenheit zur Beschaffung weitern für die Gutachten wichtigen Materials zu geben. Nederbragt und Calmes haben Danzig bereits verlassen. Fattinger wird vorläufig noch dableiben. Die Arbeiten sollen dann Ende Juli wieder aufgenommen werden. Das Gutachten ist in der ersten Hälfte des Augusts zu erwarten, so daß die daraufhin zu fällende Entscheidung des Völkerbundkommissars noch vor dem Zusammentritt des Völkerbundrats im September ergehen könnte.

Plan und Wirklichkeit.

Das neue Rußland ist das Land der gigantischen Pläne. Mehr als das! Auch ihrer Ansätze zur Verwirklichung. Aber nicht mehr als Ansätze. Folgt man den Sowjetzeitungen, dann muß man sich mit ihnen wundern, wie wenig die Riesenwerke für Autos, Landmaschinen und andere Aufgaben tatsächlich herstellen trotz der Pläne. Da bringt eine Fabrik, die auf die Jahresleistung von 10,000 Autos eingestellt ist, nicht ein einziges heraus. Allerdings! Ganze Vierhundert stehen auf ihrem Hof. Ganz, das Wort stimmt auch schon wieder nicht ganz. Sie sind eben nicht ganz. Es fehlen irgendwelche Kleinigkeiten. Vielleicht Räder oder auch nur Reifen; vielleicht sind die Fenster noch nicht eingesetzt, vielleicht aber auch nur noch nicht geputzt. Das nennt man dann Sabotage und möglichst sogar Gegenrevolution. In Wahrheit liegt die Sache so, daß Rußland allerhand Leute hat, die gigantische Pläne ausknobeln, allerhand Techniker aus dem Auslande heranzieht, die für die Verwirklichung Sorge tragen, und doch scheitert, weil man eben auch in Sowjetrußland den hochentwickelten Arbeiter des eigentlichen Europas nicht nachmachen kann. So etwas hat sogar Karl Marx ganz und gar vergessen, als er seiner Zeit die Grundlagen seiner sozialistischen Wirtschaftsordnung systematisch festzulegen versuchte.

Hoover kürzt sein eigenes Gehalt

Erhält aber immer noch $60,000 im Jahr. — Auch Kürzungen der Kabinettsgehälter.

Washington. — Zum ersten Male in der Geschichte des Landes hat ein Präsident der Vereinigten Staaten sein eigenes Gehalt beschnitten und angeordnet, daß von seinem Gehalt in Höhe von $75,000 genau 20 Prozent, oder $15,000, an das Bundesschatzamt zurückgesandt werden sollen.

Der Verfassung zufolge kann das Gehalt des Präsidenten während seines Amtstermins nicht herabgesetzt werden, aber das neue Sparsamkeitsgesetz, welches die Gehälter fast aller Regierungsbeamten kürzte, gab dem Präsidenten ausdrücklich die Berechtigung, das freiwillig zu tun. Jetzt hat Präsident Hoover das befolgt. Zu gleicher Zeit setzte er die Gehälter der Mitglieder seines Kabinetts um 15 Prozent oder je $2500 pro Jahr herab.

Während die Debatte um die Einsparungen in den Beamtengehältern im Kongreß im Gange war, erzählte der Präsident seinen Freunden, er würde gern auf sein ganzes Gehalt verzichten und ein „Ein Dollar pro Jahr-Mann" werden, falls das notwendig werden sollte.

In einer vom Weißen Hause erlassenen Erklärung heißt es, der Präsident habe ein einstimmiges Ersuchen seitens des Kabinetts erhalten, daß es um die höchste Gehaltsherabsetzung ersuche, die nach dem Gesetze erlaubt sei, wobei Nachdruck darauf gelegt wurde, daß diese Kürzungen bedeutend höher seien als die durch den erzwungenen Urlaub herbeigeführten. Die Herabsetzungen für die Untersekretäre der verschiedenen Regierungsresorts belaufen sich auf 10 und die der Hilfssekretäre auf 9 Prozent. Die Kabinettsmitglieder, eingeschlossen Vizepräsident Curtis, erhielten bisher $15,000 pro Jahr, die Untersekretäre durchschnittlich $10,000 und die Hilfssekretäre $9,000 per Jahr.

Sudetendeutsche von Behörden schikaniert.

Prag. — Die tschechischen Behörden lassen keine Gelegenheit vorübergehen, bei der sie die deutschböhmischen Vereine und Verbände, die ihnen ein Dorn im Auge sind, schikanieren können. Auf Grund des „Gesetzes zum Schutze der Republik" wurde dem Sängerbund der Sudetendeutschen vom Polizeikommissariate in Aussig die Führung des bewilligten Bundesbanners wegen des eingestickten Wahlspruches: „Einig durch des Liedes Band, schirm' dich Gott, Sudetenland!" verboten.

Sowjets mit Ukraine unzufrieden.

Moskau. — Wiatschislaw Molotow, der Präsident der russischen Volkskommissäre, erließ in der Rede, welche er vor der Kommunistentagung der Ukraine hielt, eine Aufforderung an die Bauern, daß sie in der großen Eile der industriellen Entwicklung nicht etwa ihre Landwirtschaft vernachlässigen dürften, weil der Fortschritt der Bodenproduktion mit dem Fortschritt der Industrieproduktion Schritt halten müsse.

„Die Ukraine," sagte er, „nimmt in Rußlands Landwirtschaft eine so hervorragende Stellung ein, daß ein Erlahmen ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit die unangenehmsten Folgen haben würde."

Er erinnerte sodann daran, daß die Behörden in manchen Gegenden der Ukraine bei der Getreideeinsammlung schwere Fehler gemacht hätten, und daß die gesamte Bodenbestellung der Ukraine in diesem Frühjahr hinter den gehegten Erwartungen zurückgeblieben sei.

Riesendollarnote für $10,000,000.

Washington. — Onkel Sam ist ein Verschwender, denn er hat eben zehn Millionen Dollar ausgegeben, um einen einzigen Dollarschein herzustellen. Die Steuerzahler werden Gelegenheit haben, diesen Rekordgeldschein auf der Weltausstellung in Chicago im kommenden Jahr zu bewundern.

Der Onkel Sam ist allerdings nicht so verschwenderisch, wie es auf den ersten Blick den Anschein hat. Er hat nämlich zehn Millionen in alten wertlosen Dollarscheinen eingestampft und daraus einen Riesengeldschein für Ausstellungszwecke hergestellt. Der so entstandene Dollarschein ist 12 Fuß lang und 5½ Fuß breit.